

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 15.02.2005 im Kreishaus Borken

Anwesend:

Vorsitz:

Hermann Horstick

Gescher

Mitglieder:

Hartmut Ahold

Bocholt

Hubert Bestert

Südlohn

Manfred Epping

Schöppingen

Heiko Fischer

Gronau

Markus Jasper

Heek

bis TOP 5 (18.45 Uhr)

Wolfgang Kramer

Gescher

Paul Lensing

Borken

Josef Osterhues

Ahaus

Markus Schulte

Gronau

Winfried Semmelmann

Borken

Gertrud Söbbing-Krumkamp

Ahaus

Gerhard Temminghoff

Vreden

bis TOP 5 (18.45 Uhr)

Bernhard Völkering

Gronau

Friedhelm Weikamp

Rhede

Holger Weiß

Bocholt

Es fehlt:

Jens Steiner

Heek

Vertreter/innen der Verwaltung:

Thomas Holzschneider

Dr. Hermann Paßlick

Richard Riedel

bis TOP 1 (17.15 Uhr)

Peter Sonntag

Ludger Stienen

Karl-Peter Theis

bis TOP 2 (17.25 Uhr)

Paul Schmeing

Birgit Schwering

Olaf Sobek

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Horstick eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Außerhalb der Tagesordnung wird der sachkundige Bürger Herr Heiko Fischer vom Vorsitzenden per Handschlag auf eine rechtmäßige und gewissenhafte Mitarbeit im Ausschuss verpflichtet.

**Punkt 1: Beratung des Haushaltsentwurfs 2005 für das Budget 08 - Bauen, Planen, Wohnen
Vorlage: 0055/2005**

Berichterstatter: Thomas Holzschneider

Herr Riedel, Leiter des Fachbereiches Bauen und Wohnen, erläutert die den Ausschussmitgliedern vorliegenden Haushaltsplanentwürfe des Budgets 08 – Planen, Bauen, Wohnen. Er erklärt, dass die Haushaltsvorberatungen im Fachausschuss für das von ihm vertretene Budget Neuland sei, da bisher der Kreisausschuss die Vorberatung des Haushaltsplanes vorgenommen habe. Da es wenig Sinn mache, jede einzelne Position im Entwurf detailliert vorzustellen, stelle er die wichtigsten Positionen kurz vor und stehe den Ausschussmitgliedern für Fragen gerne zur Verfügung. Das Budget 08 unterteile sich in die Produktgruppen Untere Bauaufsicht, Obere Bauaufsicht, Objektförderung mit (nicht-)öffentlichen Mitteln, Wohnungswirtschaft, Raumordnung sowie Unterstützung und Aufsicht der kreisangehörigen Gemeinden bei der räumlichen Planung und Entwicklung. Die im Entwurf angegebenen Leistungsdaten seien für das Jahr 2005 wesentlich erweitert worden (vgl. S. 189 des Entwurfs). So sei beispielsweise das im Rahmen des Leitbildes entwickelte Serviceversprechen, einen Bauantrag innerhalb von fünf Arbeitstagen vorzuprüfen, in eine Qualitätskennzahl eingeflossen. Für 2005 sei das Ziel vorgesehen, 95% aller Bauanträge in der vorgegebenen Zeit abzuarbeiten. Das gleiche Ziel gelte für die Bearbeitung vollständiger Bauanträge für Innenbereichsvorhaben innerhalb von 6 Wochen. Neben diesen Qualitätskennzahlen würden auch Leistungsdaten ermittelt, auf die die Verwaltung weniger Einfluss habe, so beispielsweise der Anteil der unvollständig eingereichten Bauanträge, der im Jahr 2003 bei 51 % gelegen habe und den man mit 45 % in 2004 und 2005 einschätze. Dies sei bei der Sachbearbeitung nach wie vor ein Problem, das durch weitere Aufklärungsarbeit, z.B. durch Infobriefe und Informationsveranstaltungen für Architekten, reduziert werden solle. Bei den Haushaltsansätzen falle der besonders große Einnahmeposten der Bauaufsichtsgebühren ins Auge. Hier sinke der Ansatz von 1,58 Mio. € in 2004 auf 1,4 Mio. € in 2005. Obwohl die Zahl der erteilten Baugenehmigungen in etwa gleich geblieben sei, wirke sich die verhaltene Baukonjunktur doch negativ auf die Gebühreneinnahmen aus. Es seien im Vergleich zu den Vorjahren weniger große Objekte genehmigt worden. Da das Gebührenaufkommen unmittelbar von der Rohbausumme bzw. den Herstellungskosten abhängen, müsse der Ansatz realistischere reduziert werden. Insbesondere zeichne sich bei der Errichtung von Einzel-Windkraftanlagen eine gewisse Sättigung ab. Bei den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren in ausgewiesenen Konzentrationszonen für mehrere Windkraftanlagen müsse der Kreis zwar für das Staatliche Umweltamt bzw. die Bezirksregierung gleichwohl die Aufgaben der Bauaufsicht übernehmen, die Gebühren würden jedoch nicht dem Kreis zufließen, sondern dem Land. Der Rückgang des Haushaltsansatzes für Verwaltungsgebühren bei der Objektförderung von 198.550 € in 2003 auf geplant 100.000 € in 2005 (vgl. S. 195) sei auf den sprunghaften Anstieg der Anträge auf Wohnungsbaufördermittel im Jahr 2003 zurückzuführen, der

sich nach der umgesetzten Reduzierung der Eigenheimzulage ab 2004 wieder auf den langjährigen Durchschnittswert normalisieren werde.

Herr Riedel führt weiter aus, dass die F.D.P.-Fraktion, die in der Sitzung nicht vertreten sei, in ihrem Fragenkatalog zum Haushalt auch Fragen zum Budget 08 formuliert habe. Vorsitzender Horstick bittet darum, die der F.D.P.-Fraktion bereits schriftlich zugegangenen Antworten auch den Ausschussmitgliedern der übrigen Fraktionen zur Kenntnis zu geben (s. Anlage 1).

Herr Epping regt an, die Leistungen des Kreises für die Unterstützung der Gemeinden bei der Bauleitplanung zurückzufahren. Die daraus resultierenden Einsparungen kämen allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden durch Senkung der Kreisumlage zugute. Herr Holzschneider bestätigt, dass seit einiger Zeit über einen Ausstieg des Kreises aus der gemeindlichen Bauleitplanung nachgedacht werde und sich der Kreis auf die Regionalplanung beschränken wolle.

Beschluss: einstimmig

Der Entwurf des Kreishaushaltes 2005, bezogen auf das Budget 08 – Bauen, Planen, Wohnen - wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2005 zu verabschieden.

**Punkt 2: Beratung des Haushaltsentwurfs 2005 mit dem Investitionsprogramm 2004 - 2008 für das Budget 09 - Vermessung und Kataster
Vorlage: 0052/2005**

Berichterstatter: Thomas Holzschneider

Herr Theis, Leiter des Fachbereiches Vermessung und Kataster, erklärt, auch für das von ihm zu verantwortende Budget 09 sei die Vorberatung in einem Fachausschuss ein Novum. Er schließe sich Herrn Riedel in der Vorgehensweise an, dass er kurz Eckpunkte des Haushaltsentwurfs benenne und den Ausschussmitgliedern für eventuelle Sachfragen zur Verfügung stehe. Die Höhe der Katastergebühren sei – ähnlich wie die Gebühren der Bauaufsicht – ebenfalls von der konjunkturellen Situation des Bausektors abhängig. Wenn wenig gebaut werde wie derzeit, werde auch entsprechend wenig vermessen und die Leistung des Katasterbereiches beansprucht. Daher werde für 2005 eine Gesamteinnahme in Höhe von rund 1,2 Mio. € erwartet. Der Ausgabeansatz 2005 für die Erstellung der digitalisierten Katasterkarten sei mit 200.000 € unter dem Ansatz 2004, in 2004 seien jedoch Mittel nicht verausgabt worden, die in das Folgejahr übertragen würden. Mit dem Abschluss der Digitalisierung sei im Jahr 2007/2008 zu rechnen. Eine Änderung im Budget 09 sei durch die Übertragung der Aufgabe des Geodatenmanagements vom Fachdienst 16 (Information und Kommunikation) zum Fachbereich Vermessung und Kataster erfolgt. Die bislang im Fachdienst 16 angesetzten Haushaltsmittel seien in das Budget 09 übertragen worden.

Vorsitzender Horstick erkundigt sich nach dem Zweck der Kostenerstattung an den Kreis Steinfurt in Höhe von geplant 236.000,- €. Herr Theis erläutert, dass die Arbeitsgruppe „IT-Geoinformation“ bei der Kreisverwaltung Steinfurt im Rahmen eines bestehenden Kooperationsvertrages die speziellen DV-Anwendungen des Fachbereiches 62 in fachlichen und datenverarbeitungstechnischen Belangen betreue.

Die entsprechende Haushaltsstelle sei erst 2004 vom Budgetbereich 11.5.1 (Tul für die Fachbereiche und Gesamtverwaltung) nach 09.1.4 verlagert worden.

Das niedrige Rechnungsergebnis in 2003 in Höhe von 107.943,- €, bei einem Haushaltsansatz von 236.000,- €, beruhe u.a. auf Problemen des Kreises Steinfurt, die vertraglich zugesicherten Leistungen zu erbringen sowie auf der verspäteten Vorlage von endgültigen Jahresabschlussrechnungen durch den Kreis Steinfurt. Dies habe nach Angabe von Fachdienst 16 im Jahr 2003 zu erheblichen Rückzahlungen von zuvor geleisteten Abschlagszahlungen geführt.

Herr Holzschneider schlägt vor, dass in einer der nächsten Sitzungen für die neuen Ausschussmitglieder der Fachbereich Vermessung und Kataster erneut dargestellt werde, damit auch sie sich ein Bild der dort geleisteten Aufgaben machen könnten. Dies wird einhellig begrüßt.

Beschluss: einstimmig

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2005 mit dem Investitionsprogramm 2004 – 2008, bezogen auf das Budget 09 – Vermessung und Kataster – wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2005 sowie das Investitionsprogramm 2004 – 2008 zu verabschieden.

Punkt 3: Straßenbericht 2005
Vorlage: 0053/2005

Berichterstatte: Thomas Holzschneider

Herr Sonntag und Herr Schmeing stellen den Straßenbericht 2005 anhand einer Power-Point-Präsentation vor, die als Anlage beigefügt ist. Danach stehen sie für Fragen aus dem Ausschuss zur Verfügung.

Herr Schulte geht auf die im Vortrag beschriebene Systematik des Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) näher ein und fragt, ob für die bei der Erfassung und Bewertung des Straßenvermögens ermittelten Abschreibungen auch Rückstellungen gebildet würden, um den Werteverzehr beizeiten ausgleichen zu können. Dies wird von Herrn Sonntag verneint. Im Haushaltsplan würden die Abschreibungsbeträge der Kreisstraßen seit drei Jahren nachrichtlich aufgeführt. Dabei handele es sich aber um eine fiktive Rechnung, der kein echtes Geld gegenüber stehe. Wenn das NKF künftig umgesetzt werde, werde Jahr für Jahr ein echter Werteverzehr des Straßenvermögens erfasst, der zu einer Verringerung des bilanztechnischen Vermögens führe. Daher sei es entscheidend, den richtigen Moment für eine Straßensanierung herauszufinden, um einerseits die Vermögensverringerung auszugleichen und andererseits exponentiell hohe Betriebskosten zu verhindern. Herr Holzschneider ergänzt, dass die in den letzten Jahren umgesetzte Rückführung der Finanzmittel für den Deckenbau im nächsten Jahr ernsthaft diskutiert werden müsse, um zu einer angemessenen Erhöhung der Haushaltsansätze für Deckenerneuerungen zu kommen. In den letzten zehn Jahren habe bei der Straßenunterhaltung eine Personalkostenreduzierung um rund 55% aufgrund konsequent betriebener Deckenbaumaßnahmen erfolgen können. Sollte sich der Trend zum Sparen auf Kosten der Deckenerneuerungen in den nächsten Jahren fortsetzen, sei dies nichts anderes als eine verdeckte Verschuldung.

Die Herren Temminghoff und Osterhues befürchten bei den geplanten Umstufungen im Raum Ahaus und Vreden, dass der Kreis gute Straßen abgebe und dafür schlechte Straßen bekomme. Dies wird von Herrn Schmeing im Wesentlichen verneint. Sicherlich sei der Straßenzustand bei Umstufungen nie bei allen betroffenen Straßen von genau gleicher Qualität. Es werde zum einen darauf geachtet, dass die Streckenlänge eines Straßenabschnittes, den der Kreis abgebe in etwa der Länge des übernommenen Abschnittes entspreche, damit die

gesamte Netzlänge sich nicht deutlich ändere. Zum anderen gebe es bei deutlichen Unterschieden der Fahrbahnqualität vom abgebenden Straßenbaulastträger einen finanziellen Ausgleich.

Beschluss: einstimmig

Dem Straßenbericht 2005 wird zugestimmt.

**Punkt 4: Beratung des Haushaltsentwurfs 2005 mit dem Investitionsprogramm 2004 - 2008 für das Budget 12 - Straßen, Gebäude, Grünflächen
Vorlage: 0054/2005**

Berichterstatter: Thomas Holzschneider

Vorsitzender Horstick verweist auf die vorliegenden Anträge der CDU, der SPD sowie von Bündnis 90/Die Grünen zum Budget 12.

Herr Holzschneider nimmt für die Verwaltung zu den Anträgen Stellung. Im Hinblick auf eine mögliche Streichung der Finanzmittel für den kommunalfinanzierten Radwegebau im Haushalt 2005 bittet er um Diskussion im Ausschuss, die bereits eingeplanten Maßnahmen, den von der Gemeinde Südlohn vorfinanzierten Lückenschluss an der K 14 sowie den geplanten Radweg im Zuge der Deckenerneuerung an der K 8 in Borken, unabhängig vom Radwegebauprogramm zu verwirklichen (Anträge der CDU und von Bündnis 90/Die Grünen). Von der Zustimmung zum SPD-Antrag zur Verausgabung der Mittel für den Ausbau des Flugplatzes Stadtlohn-Vreden in Deckenerneuerungen und Radwegebau rate er ab.

Herr Lensing begründet für die CDU den Antrag. Die CDU-Fraktion habe es sich gewiss nicht leicht gemacht, die für das Haushaltsjahr 2005 vorgesehenen Mittel für den kommunalfinanzierten Radwegebau zu streichen. Angesichts der dramatischen Finanzlage des Kreises erschließe sich beim Haushaltsansatz für den kommunalfinanzierten Radwegebau durch Kappung der Mittel ein nicht unerhebliches Einsparpotenzial, das ausgeschöpft werden müsse. Sofern seitens der Verwaltung jedoch Möglichkeiten gesehen würden, die bereits für 2005 eingeplanten Baumaßnahmen unabhängig vom Radwegebauprogramm zu finanzieren, werde sich seine Fraktion nicht dagegen stellen. Herr Holzschneider betont, dass der Kreis bei der Gemeinde Südlohn in der Pflicht stehe, da der Lückenschluss im Radweg K 14 bereits fertiggestellt und von Südlohn komplett vorfinanziert worden sei. Er sehe aber die Möglichkeit, auch bei erneuter Aussetzung des kommunalfinanzierten Radwegebauprogramms im Jahr 2005 den 50%-Anteil des Kreises an die Gemeinde Südlohn zu erstatten, indem die Personalkosteneinsparung des Budgets 12 aus dem Jahr 2004 nicht in voller Höhe dem Deckenbau zur Verfügung gestellt werde, sondern ein entsprechender Teil für die Maßnahme RK 14 Südlohn umgewidmet werde.

Herr Epping erläutert den Antrag seiner Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der neben der Finanzierung des Radweges K 14 Südlohn auch die Umsetzung des Radwegneubaus an der K 8 in Borken im Zuge der Deckenerneuerung vorsehe. Es mache wirtschaftlich Sinn, den überfälligen Deckenbau an der K 8 mit dem Neubau des Radweges zu verbinden, anstatt zu einem späteren Zeitpunkt den Radweg nachträglich zu bauen. Daher müsse auch die Finanzierung gesichert sein.

Vorsitzender Horstick betont, dass die Gemeinde Südlohn wie auch die Stadt Borken Vertrauensschutz geltend machen könnten, da die Durchführung der Baumaßnahmen im Fall Südlohn bereits in gutem Glauben erfolgt und im Fall Borken mit dem Straßenbauprogramm 2004 beschlossen worden sei. Er begrüße die Finanzierung aus Personalkosteneinsparung. Dies setze jedoch voraus, dass der Ausschuss zustimme, den Grundsatzbeschluss über die vollständige Verfügung von Personalkosteneinsparungen für den Deckenbau in diesem Fall entsprechend zu ändern. Für die anstehende Baumaßnahme in Borken könne eine Finanzierungszusage in Form einer Verpflichtungsermächtigung erfolgen.

Herr Völkering bittet um Erklärung, weshalb nun die geplanten Mittel für die kommunalen Radwege nicht aus dem Radwegebauprogramm bereitgestellt würden, sondern auf andere Weise für die finanzielle Abwicklung der Maßnahmen RK 14 Südlohn und RK 8 Borken gesorgt werde. Er frage sich, ob dies bedeute, dass sich der Kreis nun vollends vom kommunalfinanzierten Radwegbau verabschiede. Dies verneint Vorsitzender Horstick. Aufgrund der Kritik aus den Gemeinden über die Höhe der Kreisumlage müsse man auch für 2005 nach Einsparmöglichkeiten suchen. Das kommunalfinanzierte Radwegebauprogramm solle aber in 2006 wieder aktiviert werden. Er schlage vor, die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der CDU vorliegenden Anträge entsprechend umzuformulieren und im Ausschuss zur Abstimmung zu stellen.

Beschluss: einstimmig

1. Der Ausschuss für Verkehr und Bauwesen stimmt dem Entwurf des Kreishaushaltes 2005 mit dem Investitionsprogramm 2004 – 2008 – bezogen auf das Budget 12 – Straßen, Gebäude, Grünflächen mit einer Ausnahme zu. Der Ansatz für das kommunalfinanzierte Radwegebauprogramm in der Produktgruppe 12.1.2 (Verkehrswegebewirtschaftung) wird gestrichen.
2. Der Ausschuss empfiehlt die Wiederaufnahme des kommunalfinanzierten Radwegebauprogramms im Haushalt 2006.
3. Der Ausschuss ist damit einverstanden, dass von dem Grundsatzbeschluss abgewichen wird, der vorsieht, dass alle Personalkosteneinsparungen der Verkehrswegebewirtschaftung für Deckenbaumaßnahmen verausgabt werden. Die bereits durchgeführte Maßnahme RK 14 Südlohn soll durch Rückstellungsmittel des Haushaltsjahres 2004 finanziert werden.
4. Der Ausschuss ist ferner damit einverstanden, den Bau des Radweges an der K 8 Borken im Zuge der Deckensanierung durch eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2006 in Höhe von 150.000 Euro auf der Ausgabeseite, denen 75.000 Euro Finanzierungsanteil der Stadt Borken auf der Einnahmeseite gegenüberstehen, zu ermöglichen.

Der Antrag zum Budget 12 der SPD wird von Herrn Völkering kurz erläutert. Er erklärt, es sei gute demokratische Tradition, einen Antrag zu begründen. Da die Argumente der SPD gegen den Ausbau des Flugplatzes Stadtlohn-Vreden aber hinlänglich bekannt seien, verweise er auf die Begründung des Antrages und bitte um Abstimmung.

Beschluss:

4	Ja-Stimmen
10	Nein-Stimmen
2	Enthaltungen

Der Antrag der SPD ist somit abgelehnt.

Punkt 5: Beratung des Entwurfs des Kreishaushalts 2005 mit dem Investitionsprogramm 2004 bis 2008 für das Budget 07 - Verkehr
Vorlage: 0046/2005

Berichterstatter: Herr Stienen

Herr Epping erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen. Es gehe darum, die Bedarfe festzustellen, um auf dieser Grundlage Entscheidungen treffen zu können. Die Diskussion solle in der Interfraktionellen Arbeitsgruppe ÖPNV erfolgen. Es wird vereinbart, den Antrag unter Tagesordnungspunkt 6 – Kosteneinsparungen im ÖPNV – zu beraten.

Herr Stienen gibt einen Überblick über das Budget 07 - Verkehr. In allen Teilbereichen gebe es Verbesserungen im Vergleich zum Vorjahr. In der Teilaufgabe 07.1.1 – Verkehrssicherung, Verkehrsaufklärung seien diese auf Einsparungen u.a. beim Personal zurückzuführen. Die Bußgeldstelle rechne bei den Bußgeldern für Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr mit Mehreinnahmen. Bei der Zulassungsstelle werde auf Grund der überraschenden Entwicklung aus dem Haushaltsjahr 2004 mit überdurchschnittlich vielen Zulassungen ein Gebührenplus erwartet. Die gleiche Entwicklung liege auch den Ansätzen in der Führerscheinstelle zugrunde.

Die Ergebnisse von Aufgabenkritik und Geschäftsprozessoptimierung würden konsequent umgesetzt. Dadurch seien gegenüber dem Vorjahr 3,5 Stellen eingespart worden. Die Gebühren für ordnungsrechtliche Maßnahmen im Bereich der Zulassungsstelle seien angepasst worden. Auf Grund von Arbeitsablaufoptimierungen werde weniger Personal benötigt, so dass für die erste Ordnungsverfügung gegenüber 48 € nur noch 30 € erhoben würden. Damit ergebe sich eine geringere Belastung für die Bürgerinnen und Bürger.

Im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs ergäben sich die gravierendsten Veränderungen. Die Landeszuweisung sei um 350.000 € auf 150.000 € gekürzt worden. Die Mittel der ÖPNV-Rücklage stünden nur noch mit 250.000 € in Ansatz. Schließlich seien Mehrausgaben auf Grund des neuen Berechnungsschlüssels bei der Verlustabdeckung der Regionalverkehr Münsterland (RVM) zu verzeichnen. Für den Haushalt ergebe sich folgender Nachtrag: auf den Hinweis des Fachdienstes Finanzen müsse die finanzielle Abwicklung des Fietsenbusses im Vermögenshaushalt erfolgen. Dazu sei sowohl ein Einnahmeansatz für die Landeszuweisung als auch ein Ausgabeansatz für die Abwicklung der Ausgaben zu bilden. Bei der Verabschiedung des Haushalts im Kreistag würden diese Positionen dann in die Veränderungsliste aufgenommen. Die nicht durch Landesmittel gedeckten Aufwendungen seien bereits 2004 abgewickelt worden.

Herr Völkering erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Die mittelständischen Unternehmen im Kreis sollten im Umstrukturierungsprozess eine Chance haben, um ihre Position behaupten zu können. Das Gutachten solle Möglichkeiten aufzeigen, wie eine Kooperation der mittelständischen Busunternehmen aussehen könne.

Herr Schulte sieht den Antrag als gegenstandslos an. Der Kreis beschäftige Gutachter, die gerade diese Thematik bearbeiteten. Darüber hinaus könne der Kreis ein derartiges Gutachten für die mittelständischen Unternehmen gar nicht initiieren.

Herr Dr. Paßlick erläutert, dass die Umstrukturierung der RVM auch die mittelständischen Unternehmen betreffe. Ziel des Kreises sei es, Arbeitsplätze zu sichern. Das Gutachten werde nicht in erster Linie für die mittelständischen Unternehmen erstellt, Auslöser sei die Um-

strukturierung der RVM gewesen. Die Interessen der mittelständischen Busunternehmen sollten aber Berücksichtigung finden, weil immerhin 70 % der Fahrleistung der RVM von mittelständischen Busunternehmen erbracht würden. Umstrukturierungsmaßnahmen würden damit über 100 Busunternehmer betreffen. Um den Schutz des Mittelstandes sicherzustellen, sei diese Abhängigkeit bei der Erstellung des Gutachtens zu berücksichtigen. Erste Ergebnisse des Gutachtens seien mit den Landräten besprochen worden. Ein Gespräch mit den Unternehmern sei ebenfalls angedacht. Ein zusätzliches Gutachten sei nicht notwendig. Kritisch sei auch, wenn die Initiative von der Verwaltung ausgehe; die Unternehmen müssten von sich aus tätig werden.

Herr Völkening erläutert, dass die Zielsetzung der Verwaltung, den Mittelstand zu stärken, deutlich geworden sei. Er mache aber darauf aufmerksam, dass die Zielgruppe nicht zu kurz komme dürfe. Er sei damit einverstanden, dass über den Antrag zu einem späteren Zeitpunkt beschlossen werde.

Vorsitzender Horstick schlägt vor, den Antrag der SPD-Fraktion auf der Agenda für den Ausschuss zu belassen, damit zu einem späteren Zeitpunkt hierüber entschieden werden könne. Der Antrag werde aufrechterhalten und in einer der nächsten Sitzungen im Zusammenhang mit der Beratung über die Zukunft der RVM und der ÖPNV-Organisation im Münsterland beraten. Er weise auf den enormen finanziellen Aufwand hin.

Beschluss: einstimmig

Dem Entwurf des Kreishaushalts 2005 mit dem Investitionsprogramm 2004 bis 2008 für das Budget 07 - Verkehr wird zugestimmt. Dem Kreistag wird empfohlen, den Haushalt 2005, soweit er sich auf das Budget 07 - Verkehr bezieht, zu verabschieden.

Punkt 6: Kosteneinsparungen im ÖPNV
Vorlage: 0056/2005

Berichterstatte:r: Herr Stienen

Vorsitzender Horstick schlägt vor, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Rahmen der Interfraktionellen Arbeitsgruppe ÖPNV zu beraten. Herr Epping ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Dr. Paßlick erläutert, dass es sich um die Fortsetzung der 2004 beratenen Kürzungen handle. In der Endphase der Beratungen über die Nahverkehrsplanung müssten alle Fragen miteinbezogen werden. Daher schlage er vor, heute nicht über die Sitzungsvorlage zu entscheiden. Es sei sinnvoller, dass die Interfraktionelle Arbeitsgruppe ÖPNV über die Nahverkehrsplanung und die Fahrplankürzungen in einem Paket beschließen.

Herr Stienen weist darauf hin, dass die WestfalenBus (WB) erwäge, die Konzessionen auf der Strecke Bocholt – Vreden – Gronau nicht zu verlängern. Der Kreis müsse daher überlegen, ob diese Angebotskürzungen akzeptiert werden könne oder für die Auferlegung der Fahrten zusätzliche Mittel bereitgestellt werden sollen. Auch diese Thematik sei bei der Frage der Kosteneinsparungen im ÖPNV zu berücksichtigen.

Auf die Frage von Herrn Schulte, ob es sinnvoll sei, die Konzessionen auszuschreiben, antwortet Herr Stienen, dass die Kostendeckung auf den Linien sehr gering sei.

Beschluss: einstimmig

Die Thematik wird an die Interfraktionelle Arbeitsgruppe ÖPNV verwiesen.

Punkt 7: Zweiter Nahverkehrsplan des Kreises Borken (2. NVP)
Vorlage: 0042/2005

Berichterstatter: Herr Stienen

Herr Stienen weist darauf hin, dass mit den Tischvorlagen nun alle Unterlagen für die zweite Nahverkehrsplanung, mit Ausnahme der Liniensteckbriefe, vorlägen. Die Liste der Stellungnahmen der Träger sei in zwei Versionen erstellt worden: die erste Version enthalte alle eingegangenen Einwendungen und Hinweise. Diese werde an die verkehrspolitischen Sprecher der Fraktionen weitergegeben. Die zweite Ausfertigung sei als inhaltliche Diskussionsgrundlage zu werten und an jedes Ausschussmitglied verteilt worden. Die Einwendungen, die für die inhaltliche Diskussion nicht als relevant angesehen würden, seien herausgenommen worden.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, dass die nächste Sitzung der Interfraktionellen Arbeitsgruppe ÖPNV am 07.04.05 um 16 Uhr im Kreishaus stattfindet.

Beschluss: einstimmig

Die Ergebnisse der Anhörung zum Zweiten Nahverkehrsplan des Kreises Borken werden zur Kenntnis genommen. Die Vorlage wird zunächst zur Vorberatung an die „Interfraktionelle Arbeitsgruppe ÖPNV“ verwiesen.

Punkt 8: Zielperspektiven für den Kreis Borken
Vorlage: 0057/2005

Berichterstatter: Dr. Paßlick

Herr Dr. Paßlick erläutert, dass es darum gehe, ein abgestimmtes Verfahren für alle Fachausschüsse anzustreben. Es gehe um die Frage, ob externe Akteure in die Beratung einbezogen werden müssten. Im Rahmen der nächsten Sitzungsperiode stehe dann die inhaltliche Abstimmung über die Entwicklungsziele an.

Vorsitzender Horstick meint, dass alle wesentlichen Themen bereits heute angesprochen seien. Externe Sachverständige einzubeziehen sei nicht erforderlich. Die Interfraktionelle Arbeitsgruppe ÖPNV werde einen Formulierungsvorschlag für den Bereich des ÖPNV erar-

beiten. Für die übrigen im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen zu behandelnden Themenbereiche werde der Fachausschuss tätig werden.

Herr Völkerling hält das Verfahren für sehr schematisch und theoretisch.

Die Verwaltung sagt zu, für den Ausschuss ein Papier vorzubereiten, in dem die relevanten Themenbereiche gebündelt und damit überschaubarer dargestellt sind.

Punkt 9: Europäische Charta für die Straßenverkehrssicherheit
Vorlage: 0050/2005

Berichterstatter: Herr Dr. Paßlick

Herr Stienen erläutert die Europäische Charta für die Straßenverkehrssicherheit. Die EU habe die Charta initiiert. Bisher seien aber nur wenige Städte und Gemeinden beigetreten. Aus diesem Grunde plane das Land Nordrhein-Westfalen einen Aktionstag. Der Kreis Borken sei bereits jetzt sehr aktiv, habe aber eine Vielzahl von Unfällen zu beklagen. Der Beitritt zur Europäischen Charta für die Verkehrssicherheit bedeute ein Bekenntnis nach außen, die bisher formulierten Ziele weiter zu verfolgen.

Vorsitzender Horstick bekräftigt, dass die Charta einen weiteren Baustein im Verkehrssicherheitskonzept darstelle, um die Arbeit der Kreisverwaltung in der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Auf die Frage von Herrn Epping erläutert Herr Stienen, dass das Verkehrssicherheitsprogramm wie beschlossen fortgeführt werde. Zusätzliche Kosten entstünden durch den Beitritt zur Charta also nicht. Die Bewilligung von EU-Mitteln hänge von konkreten Projekten ab. Im Moment könne er sich jedoch für kein Projekt eine Unterstützung mit EU-Zuschüssen vorstellen.

Herr Lensing weist darauf hin, dass die Präventionsarbeit durch den Beitritt zur Charta einen anderen Status erhalte. Eine weitere Kürzung der Haushaltsmittel könne nicht hingenommen werden.

Beschluss: einstimmig

Dem Kreistag wird empfohlen, zu beschließen:

Der Kreis Borken erklärt seinen Beitritt zur Europäischen Charta für die Straßenverkehrssicherheit. Der damit einhergehenden Selbstverpflichtung zur Aufnahme von internen Angeboten im bestehenden Verkehrssicherheitskonzept wird zugestimmt.

Punkt 10: Mitteilungen der Verwaltung

Herr Stienen informiert, dass im Rahmen der Förderung des Radfahrens im Kreis Borken eine Tagung veranstaltet werde. Die Ausschussmitglieder hätten die Einladung zur Kenntnis erhalten. Die Vorträge beschäftigten sich mit der Verbesserung der Radfahrsicherheit sowie mit der Aktion des Verkehrsministeriums „Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden“.

Punkt 11: Anfragen

Herr Kramer bittet um Stellungnahme der Verwaltung, weshalb bei der Deckenerneuerung an der K 6 in Gescher Teile der Bankettbefestigung noch nicht fertiggestellt seien. Herr Schmeing erklärt, an der fraglichen Stelle sei das Abwasserwerk Gescher für die Bankettbefestigung zuständig, weil dort Kanalarbeiten im Auftrag des Abwasserwerkes durchgeführt worden seien. Er habe die Zusage erhalten, dass die Arbeiten innerhalb der nächsten 14 Tage erledigt würden.

Herr Völkring bedauert, dass sich die Ausschuss-Sitzungen durch den späten Beginn in die Abendstunden hinein ziehen würden. Er regt an, den Sitzungsbeginn zeitlich nach vorne zu verlegen.

Vorsitzender Horstick schließt die Sitzung um 19:15 Uhr.

Horstick
Vorsitzender

Sobek
Schwering
Schriftführer